

<https://helda.helsinki.fi>

Diversifizierung der sozialen Dienstleistungen in Russland : Gründe für regionale Unterschiede

Tarasenko, Anna

2017-12-04

Tarasenko , A 2017 , ' Diversifizierung der sozialen Dienstleistungen in Russland : Gründe für regionale Unterschiede ' , Russland-Analysen , no. 345 , pp. 5-9 .

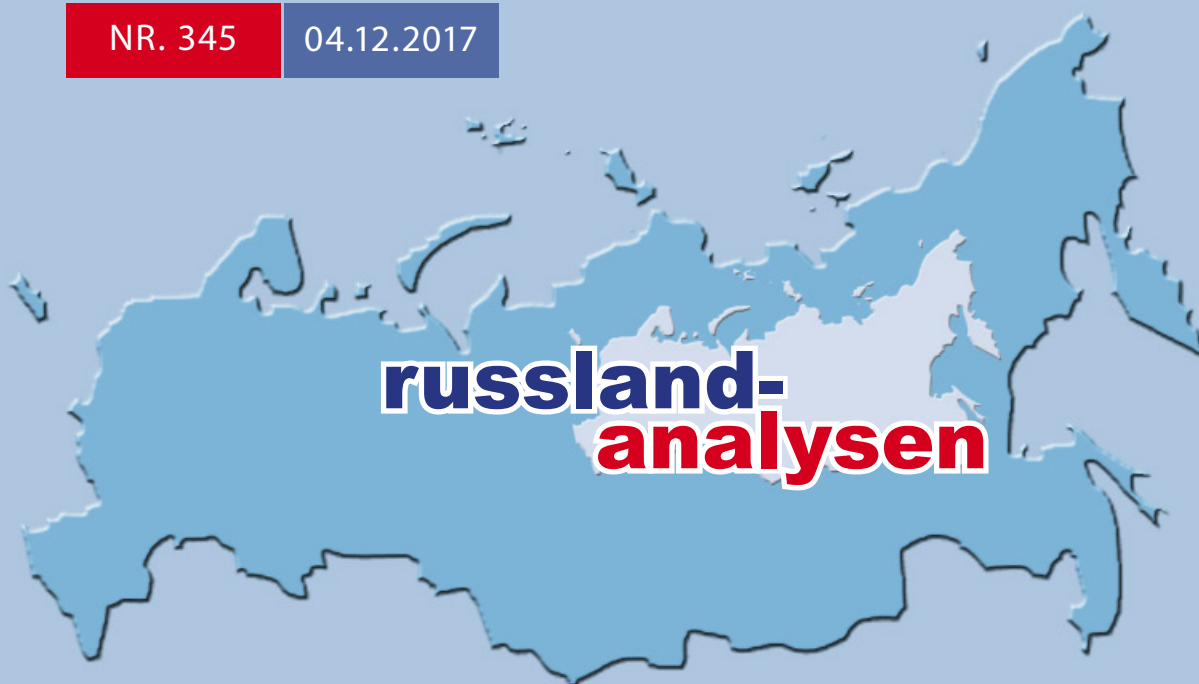
<http://hdl.handle.net/10138/298735>

Downloaded from Helda, University of Helsinki institutional repository.

This is an electronic reprint of the original article.

This reprint may differ from the original in pagination and typographic detail.

Please cite the original version.


<http://www.laender-analysen.de/russland/>

SOZIALPOLITIK UND GEMEINNÜTZIGE ORGANISATIONEN

| | |
|--|----|
| ■ ANALYSE | |
| Soziale Rechte, Sozialpolitik und Zivilgesellschaft in Russland | 2 |
| Eleanor Bindman, Liverpool | |
| ■ ANALYSE | |
| Diversifizierung der sozialen Dienstleistungen in Russland: | |
| Gründe für regionale Unterschiede | 5 |
| Anna Tarasenko, Helsinki / St. Petersburg | |
| ■ UMFRAGE | |
| Staat und gemeinnützige Organisationen: die Meinung der Bürgerinnen und Bürger | 10 |
| Einstellung zu sozialen, politischen und bürgerlichen Rechten | 14 |
| Einschätzungen zu Wladimir Putin | 15 |
| ■ CHRONIK | |
| 16. November – 3. Dezember 2017 | 17 |

Soziale Rechte, Sozialpolitik und Zivilgesellschaft in Russland

Eleanor Bindman, Liverpool

Zusammenfassung:

Zum historischen Vermächtnis der Sowjetunion gehören bis heute die hohen Erwartungen vieler Menschen in Russland an den Staat als Garanten sozialer Rechte und sozialer Sicherheit. Auch der Zerfall des sowjetischen Wohlfahrtssystems in den 1990er Jahren stärkte diese Erwartungen. Der hybride und oft lückenhafte Zustand des russischen Sozialstaats hat jedoch Raum für gesellschaftliche Organisationen geschaffen, die die Auswirkungen staatlicher Sozialpolitik abzufedern versuchen. Sozial-orientierten NGOs gelingt es dabei oft, soziale Dienstleistungen bereitzustellen und sich zugleich für die Interessen ihrer Klientel einzusetzen. Daher bietet sich das Feld der Sozialpolitik an, Aushandlungsmechanismen in autoritären Staaten jenseits von Repression oder Kooptierung zu ergründen.

Einleitung

Ungeachtet der konsequenten Behauptung, dass alle in den wichtigen europäischen und UNO-Dokumenten gefassten Menschenrechte unteilbar seien, ist umstritten, welchen Platz soziale Rechte wie das Recht auf Wohnraum, medizinische Versorgung und soziale Fürsorge innerhalb der internationalen »Menschrechtshierarchie« einnehmen. Die Interpretation dieser hängt stark von dem jeweiligen politischen Kontext ab, in dem sie ausgestaltet und angewandt werden. Die prekäre Stellung, die diese Rechte derzeit einnehmen, lässt sich zum Teil mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime erklären, die soziale Rechte stark gegenüber bürgerlichen und politischen Rechten und Freiheiten betont hatten. Hinzu kam, was Marius Pieters einst eine »Herabwürdigung« der mit sozialistischen Werten und sozialistischen Systemen assoziierten sozialen Rechte nannte. Allerdings haben offensichtlich auch andere Faktoren für diese Entwicklung gesorgt, nicht zuletzt das gleichzeitig und zunehmend erfolgte Aufblühen neoliberaler Ideologien, die Ende des 20. Jahrhunderts selbst unter sozialdemokratisch geführten Regierungen die Oberhand gewannen. Diese schienen die Notwendigkeit einer Deregulierung der Arbeitsmärkte und einer Anpassung an die Marktkräfte akzeptiert zu haben.

Im postsowjetischen Russland unterschied sich die Erfahrung mit Marktreformen und Liberalisierung deutlich von der in den meisten anderen europäischen Ländern, auch von der in den postkommunistischen und osteuropäischen Ländern, die jetzt Mitglieder der Europäischen Union sind. Charakteristisch für die Regierungen unter Putin und Medwedew war, dass sie hinsichtlich des Zugangs zu bestimmten Arten sozialer Absicherung einen weitgehend neoliberalen Ansatz verfolgten, indem in der Praxis der freie Zugang zu sozialen Dienstleistungen reduziert wurde und eine Verschiebung zu verstärkter Eigenverantwortung in der Wohlfahrt erfolgte.

Diese Entwicklung wird allerdings in den letzten Jahren durch einen politischen Diskurs »maskiert«, der die Verantwortung des Staates für das Leben seiner Bürger sowie die Entschlossenheit des Staates betont, den Ansprüchen auf Wahrung der sozialen Rechte zu genügen. Dieser Ansatz berücksichtigt eine große Zustimmung zu sozialen Rechten, die in Russland weiterhin besteht (siehe Umfrage S. 14) – teilweise als Ergebnis einer besonderen Gewichtung der Vormachtstellung des Staates bei der sozialen Sicherung und der Gewährung sozialer Rechte während der Sowjetzeit. Zu großen Teilen ist diese Entwicklung auch auf das Gefühl von Ungewissheit und Haltlosigkeit zurückzuführen, das während der chaotischen Reformzeit unter Jelzin in den 1990er Jahren und der explizit neoliberalen Sozialreformen in der ersten Amtszeit Putins von 2000 bis 2004 entstanden war (s. in d. Lesetipps: Hemment: Soviet-Style ...).

Während sich der russische Diskurs über die Bedeutung und das Gewicht sozialer Rechte von dem in vielen anderen europäischen Ländern unterscheiden mag, bestehen gleichwohl erhebliche Übereinstimmungen bei den Ansätzen, mit denen diese Rechte in der Praxis gewährt oder eben nicht gewährt werden. Insgesamt hat es den Anschein, dass soziale Rechte weniger aus klar definierten und weitgehend unumstrittenen Menschenrechtsnormen nach Art der bürgerlichen und politischen Rechte wie beispielsweise der Meinungsfreiheit bestehen, sondern ihre Umsetzung vielmehr in sehr viel stärkerem Maße vom politischen Willen nationaler Regierungen und internationaler Organisationen abhängt.

Soziale Rechte als Menschenrechte

Geht man der Frage nach, welche Bedeutung soziale Rechte heute in Russland haben und wie sie Entscheidungen in der Sozialpolitik beeinflussen, muss das Erbe der offiziellen sowjetischen Rhetorik berücksichtigt werden. Die hatte einen starken Staat, soziale Rechte und soziale Sicherheit betont. Dieses Erbe hatte zweifellos

einen beträchtlichen Einfluss auf die Erwartungen in der Bevölkerung hinsichtlich der Verpflichtung des Staates zur Wahrung sozialer Rechte. In mancher Hinsicht formt dieses Erbe bis heute die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an die öffentlichen Wohlfahrtsleistungen des Staates.

Allerdings müssen weitere Faktoren berücksichtigt werden, die die sozialpolitischen Erwartungen der Bevölkerung bestimmen, etwa die Auswirkungen der Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991. In dieser Zeit sind große Teile des vormaligen Wohlfahrtsystems demontiert worden. Hinzu kamen in jüngerer Zeit unpopuläre Reformen im Sozialbereich, etwa die »Monetarisierung« bestimmter sozialer Vergünstigungen 2004/05 und die Tarifsteigerungen der Versorgungsunternehmen Ende 2012 und Anfang 2013. Die Bevölkerung in Russland betrachtet im Allgemeinen eine Reihe sozialer Rechte als die wichtigsten »Menschenrechte«, auch nach den politischen Protesten nach den Wahlen 2011/12.

Gleichzeitig ist sich die Bevölkerung bewusst, dass eine Umsetzung dieser Rechte eher unwahrscheinlich ist, und dass für bestimmte Gruppen wie Kinder, Ältere und Behinderte das Risiko einer Verletzung dieser Rechte am größten ist. Doch trotz der »aktiven und interventionistischen« Rhetorik zur Rolle des Staates bei der sozialen Absicherung durch die Politik (s. in d. Lesetipps: Cook: *Russia's Welfare Regime* S. 23) und eines eher proaktiven Ansatzes zur Einbeziehung von »nützlichen« sozial-orientierten NGOs dürften die Erwartungen der Bevölkerung an den Staat und dessen Verpflichtungen im Bereich des Sozialen nicht erfüllt werden.

NGOs als Anwälte für soziale Rechte

Der Einfluss des sowjetischen »Erbes« auf die Wahrnehmungen von Menschenrechten in der Bevölkerung war in mancher Hinsicht beträchtlich. Einen nicht weniger tiefgreifenden Einfluss hatte das sowjetische »Erbe« auf die heutige Menschenrechtsbewegung, in der viele NGOs (im Russischen: nichtkommerzielle Organisationen – NKO) weiterhin von ehemaligen sowjetischen Dissidenten geleitet werden. Diese ehemaligen Dissidenten haben sich eher einer »liberalen« Definition von Menschenrechten verschrieben, die sich stärker mit bürgerlichen und politischen, denn mit sozialen Rechten befasst. Eine solche Herangehensweise entspricht den früheren Erfahrungen beim Kampf gegen das Sowjetregime und für bürgerliche und politische Freiheiten sowie der Selbstwahrnehmung von Dissidenten als elitäre Gruppe, die sich vom Mainstream der öffentlichen Meinung und der Regierungspolitik abhebt. Sie deckt sich zum Teil auch mit dem neoliberalen Menschenrechtskonzept, das individuelle bürgerliche und politi-

sche Rechte und Freiheiten gegenüber eher kollektiven sozialen Rechten Vorrang einräumt.

Während viele Menschenrechtsaktivisten sich des Sinngalts sozialer Rechte und deren Bedeutung für breite Bevölkerungsschichten in hohem Maße bewusst sind, ist dennoch festzuhalten, dass soziale Rechte nur relativ selten Gegenstand ihrer Kampagnen oder Projektarbeit sind. Viele NGOs betätigen sich eher selten als effektive »Übersetzer« von Menschenrechtennormen aus dem internationalen in den lokalen Kontext, weshalb es ihnen weitgehend misslang, eine Basis gesellschaftlicher Unterstützung zu schaffen oder Themen zu bearbeiten, die in der breiten Bevölkerung Widerhall finden. Es fiel ihnen auch schwer, eine breitere gemeinsame Grundlage mit anderen NGOs aus dem sozialen Bereich zu finden. Denn bei vielen ihrer Kollegen im Dritten Sektor haben sie den Eindruck erzeugt, dass sie eine exklusive Elite bilden, die sich auf viele Jahre bestehende persönliche Beziehungen gründet. Ihr Konzept befindet sich in deutlichem Kontrast zu den Ansätzen eher »sozial-orientierter gemeinnütziger Organisationen« (SONGOs), die mit schutzbedürftigen Gruppen wie Kindern, Älteren und Behinderten arbeiten, um deren Zugangsmöglichkeiten zu essentiell wichtigen Dienstleistungen zu verbessern, und die sich dabei nicht als Organisation von »Rechtsverteidigern« (»prawoschtschitniki« [»Menschenrechtler«, d. Red.]) verstehen.

Sozial-orientierte Organisationen scheinen sehr viel stärker in die lokale Gemeinschaft eingebunden zu sein, indem sie erfolgreich Freiwillige rekrutieren und Sponsoren aus der Wirtschaft vor Ort gewinnen. Hinzu kommt, dass sie sich auf Themen wie Wohnung, Gesundheit, Behinderung und den allgemeinen Lebensstandard konzentrieren, was in weiten Bevölkerungsteilen Resonanz findet. Darüber hinaus verfolgen sie einen pragmatischen und kooperationsfreudigeren Ansatz gegenüber den Behörden vor Ort. Gleichzeitig müssen sie trotzdem innerhalb jener Schranken arbeiten, die ein autoritäres Regime setzt. Hierzu gehörte in den letzten Jahren eine merkliche Beschränkung für NGOs beim Zugang zu ausländischer Finanzierung für ihre Arbeit sowie eine entsprechende Zunahme von staatlichen Zuwendungen für SONGOs, insbesondere für jene, die bereit sind, formale soziale Dienstleister zu werden. Das hat verständlicherweise die Besorgnis entstehen lassen, diese Organisationen seien oder würden zu »[...] apolitischen Organisationen, die sich vor allem mit der Bereitstellung von sozialen Dienstleistungen und/oder öffentlichen Gütern befassen« (s. in d. Lesetipps: Ljubownikow/Crotty: *Civil Society...*, S. 762).

Das komplexe, hybride und oft lückenhafte Wohlfahrtswesen in Russland sowie der Umstand, dass es im Sinne einer Stabilisierung des Regimes wichtig ist,

bestimmte öffentliche Güter und Dienstleistungen bereitzustellen, hat für gesellschaftliche Organisationen einen Raum geöffnet. Hier können diese Organisationen versuchen, die Auswirkungen der staatlichen Sozialpolitik auf jene abzufedern, die nicht von dem »marktwirtschaftlichen Gesellschaftsvertrag« profitieren, der in Kraft zu sein scheint. Daher schaffen es SONGOs oft, *Advocacy* und die Bereitstellung sozialer Dienstleistungen miteinander zu verbinden, indem sie eine pragmatische, kooperative Haltung gegenüber lokalen Behörden und anderen staatlichen Stellen, etwa den regionalen Menschenrechtsbeauftragten einnehmen. Das scheint ihnen – in einem gewissen Rahmen – die Möglichkeit zu geben, Einfluss auf die Regierungspolitik und -praxis in ihrem Arbeitsbereich zu nehmen.

Die Einflussmöglichkeiten von SONGOs auf die Politik könnten noch erheblich wachsen, falls solche Organisationen eine noch größere Rolle bei der Bereitstellung von sozialen Dienstleistungen spielen würden, worauf die russische Regierung in den letzten sieben Jahren ja zunehmend Wert gelegt hat. Ulla Pape zeigt in ihrer Arbeit zur HIV/Aids-Politik in Russland (s. in d. Lesetipps, S. 245), dass NGOs, die sich in Russland am Kampf gegen die Immunschwächekrankheit beteiligen, auf lokaler Ebene bis zu einem gewissen Grade über Einflussmöglichkeiten verfügen und politische Veränderungen vorantreiben können, wenn sie Koalitionen mit lokalen Beamten eingehen, und wenn sie *Advocacy* mit praktischen Leistungsangeboten kombinieren.

Viele Organisationen lassen sich nicht durch den Staat kooptieren und versuchen in Wirklichkeit zumindest einen gewissen Grad an Unabhängigkeit von den Behörden zu wahren und stehen dem Vorgehen der Regierung im Bereich der Sozialpolitik oft höchst kri-

tisch gegenüber. Sie widerstehen darüber hinaus oft Versuchen des Staates, sie durch ihren Status als formale Anbieter sozialer Dienstleistung konkreter in den Zuständigkeitsbereich des Staates zu bringen. In der Tat ist es so, dass die Politik einer Auslagerung sozialer Dienstleistung in Russland weiterhin an Fahrt gewinnt und der Staat diese NGOs in stärkerem Maße brauchen könnte, als dass diese Organisationen selbst eine Unterstützung der Behörden benötigen würden. Es stellt sich heraus, dass viele SONGOs sehr geschickt dabei sind, ein Verhältnis zu regionalen oder lokalen Regierungen auszuhandeln, das ihnen erlaubt, sich verdeckt für die sozialen Rechte ihrer Klientel einzusetzen, ohne dabei die Machthaber vor den Kopf zu stoßen.

Schlussfolgerungen

Unternimmt man einen Ausblick, so scheint es im gegenwärtigen Kontext relevanter zu sein, ein breiteres und flexibleres Verständnis davon zu entwickeln, woraus das Feld der Zivilgesellschaft »russischer Art« besteht und wie unterschiedliche Organisationstypen versuchen, ihre Agenda zu vertreten und sich für die Interessen ihrer Klientel einzusetzen. Darüber hinaus kann Sozialpolitik in autoritären Regimen nicht nur ein Ort für wichtige politische und soziale Auseinandersetzungen sein. Als ein Bereich der Regierungspolitik bietet sie zivilgesellschaftlichen Akteuren eine gewisse Möglichkeit, in einem autoritären Regime einen anderen als die zu erwartenden Wege auszuhandeln, um dem Staat gegenüberzutreten, und dann eben nicht entweder unter den Folgen zu leiden zu haben oder aber vollständig durch den Staat kooptiert zu werden.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Eleanor Bindman ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät für Politikwissenschaft der Universität Liverpool. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen politische Entscheidungsprozesse in autoritären Regimen sowie Sozialreformen, Sozialpolitik und soziale Rechte in Russland und anderen postsowjetischen Staaten. Gegenwärtig forscht sie zum Wandlungsprozess in der Erbringung von sozialen Dienstleistungen im gegenwärtigen Russland unter besonderer Berücksichtigung von nichtstaatlichen Akteuren als Träger sozialer Dienstleistungen.

Lesetipps

- Eleanor Bindman: *Social Rights in Russia: From Imperfect Past to Uncertain Future*, Abingdon: Routledge 2017.
- Cook, Julie L.: *Russia's Welfare Regime: The Shift Toward Statism*, in: M. Jappinen, M. Kulmala, A. Saarinen (Hg.): *Gazing at Welfare, Gender and Agency in Post-socialist Countries*, Newcastle upon Tyne, UK: Cambridge Scholars Publishing 2011, S. 14–37.
- Hemment, J.: *Soviet-Style Neoliberalism? Nashi, Youth Voluntarism, and the Restructuring of Social Welfare in Russia*, in: *Problems of Post-Communism*, 56.2009, Nr. 6, S. 36–50.
- Ljubownikow, S.; J. Crotty: *Civil Society in a Transitional Context: The Response of Health and Education NGOs to Legislative Changes in Russia's Industrialized Regions*, in: *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*, 43.2014, Nr. 4, S. 759–776.
- Pape, Ulla: *The Politics of HIV/AIDS in Russia*, Abingdon: Routledge 2014.

Diversifizierung der sozialen Dienstleistungen in Russland: Gründe für regionale Unterschiede

Anna Tarasenko, Helsinki / St. Petersburg

Zusammenfassung

Der Bereich personenbezogener sozialer Dienstleistungen in Russland durchläuft seit einigen Jahren einen Wandel: Kompetenzen des Staates als Träger sozialer Dienste werden teilweise auf nichtstaatliche Organisationen und Privatunternehmen verlagert. Doch dieser Prozess vollzieht sich in den russischen Regionen höchst unterschiedlich. Zwei wesentliche Gründe lassen sich dafür ausmachen: Erstens hängt die Diversifizierung in der Erbringung sozialer Dienstleistungen davon ab, inwieweit Regionen bereits die neuen Prinzipien öffentlichen Managements umgesetzt haben. Und zweitens führt ein höherer Wohlstand einer Region zu einer größeren Vielfalt an Trägern sozialer Dienstleistungen.

Einleitung

Die Erfahrungen, die Russland mit der Reform des Systems der sozialen Sicherung und dem Abschied vom Staatsmonopol im Bereich sozialer Dienstleistungen gemacht hat, sind ein wichtiges und lehrreiches Beispiel, wie ein eng verstandenes Modernisierungsprojekt angesichts der Bedingungen in einem undemokratischen politischen Regime umgesetzt wurde. Die Prinzipien eines neuen öffentlichen Managements und das Setzen auf nichtstaatliche Dienstleister im Sozialbereich gehören mittlerweile in vielen Staaten West- und Osteuropas zu den sozialpolitischen Elementen. Für eine Beurteilung der Ergebnisse dieser Reform in einem so großen Land wie Russland ist die Berücksichtigung regionaler Unterschiede von grundsätzlicher Bedeutung. Ziel der vorliegenden Analyse ist es, die regionalen Variationen bei der Diversifizierung des Bereichs der sozialen Dienstleistungen herauszuarbeiten. Darüber hinaus wird erklärt, worauf diese regionalen Unterschiede zurückzuführen sind.

Ziele und Inhalt der Reform des Sozialwesens

Die Reform des Systems der sozialen Sicherung wird in Russland mit Hilfe einer Reihe föderaler Gesetze umgesetzt, die die Schaffung ähnlicher Gesetze auf regionaler Ebene vorschreiben. Hier ist das Gesetz Nr. 442-FZ »Über die Grundlagen sozialer Dienstleistungen für Bürger der Russischen Föderation« zu nennen (Verabschiedung: 28.12.2013, in Kraft getreten am 1.1.2015), das für nichtstaatliche Anbieter von Dienstleistungen ebenso wie für öffentliche Träger Kompensationszahlungen aus den regionalen Haushalten vorsieht. Die Föderalen Gesetze Nr. 174-FZ »Über autonome Einrichtungen« vom 3.11.2006 und Nr. 83-FZ vom 8.5.2010 zielten auf die Reform des öffentlichen Bereichs, indem unter anderem ineffiziente Einrichtungen reduziert und ihre Tätigkeit kommerzialisiert werden soll. Das Ände-

rungsgesetz Nr. 40-FZ »Über Änderungen in einzelnen Gesetzesakten der Russischen Föderation zur Frage der Förderung sozial-orientierter nichtkommerzieller Organisationen« vom 5.4.2010 machte es möglich, nichtkommerziellen Organisationen (NKO) den Status von sozial-orientierten NKO [im Weiteren: SONGO; d. Red.] zu verleihen, was ursprünglich die Erfahrung westlicher Länder kopieren sollte. Dort gibt es die gesonderte Kategorie der gemeinnützigen (*socially beneficial*) Organisationen. Einerseits sollte die Umsetzung dieser Gesetze die staatlichen und kommunalen Träger (Soziale Förderzentren, Altenheime, Familienhilfzentren, Krisenzentren für Frauen, Obdachloseneinrichtungen usw.) von einer staatlichen Finanzierung unabhängiger, markt-orientierter und auch effizienter machen. Hierzu sollten sich staatliche Einrichtungen als sogenannte »staatliche autonome Einrichtungen« registrieren lassen. Der Status einer autonomen staatlichen Einrichtung wird aufgrund einer Entscheidung der Leitung sowie der Mitarbeiter der Einrichtung erlangt und ermöglicht ein eigenständigeres finanzielles und administratives Handeln: Es können Kredite aufgenommen und Dienste entgeltlich angeboten werden; die Einrichtung kann an Ausschreibungen für staatliche Fördermittel teilnehmen und mit nichtstaatlichen Organisationen zusammenarbeiten, unter anderem in Form gemeinsamer Projekte. Eine autonome Einrichtung ist stärker den Entscheidungen des Aufsichtsrates unterstellt als ihrem Gründer (der zuständigen regionalen Sozialbehörde). Für diese Eigenständigkeit müssen die autonomen staatlichen Einrichtungen auch Pflichten übernehmen, unter anderem das finanzielle Risiko und die Vermögensrisiken tragen – der staatliche Gründer der Einrichtung wird von diesen Pflichten und Risiken befreit.

Andererseits erhalten SONGOs und Privatunternehmer die Möglichkeit, Dienstleistungen ganz wie staatliche Einrichtungen anzubieten und dafür nach einheitlichen Tarifen, die für alle Anbieter gelten, öffent-

liche Mittel zu erhalten. Dadurch ergibt sich keineswegs immer eine »Gleichberechtigung«, weil die finanziellen und personellen Möglichkeiten der NKO in der Regel natürlich erheblich geringer sind, als die von staatlichen Einrichtungen. Zur Aufnahme in ein Register muss eine nichtkommerzielle Organisation oder eine private Firma, bestätigen, dass sie berechtigt ist, Dienstleistungen anzubieten (beispielsweise medizinische oder pädagogische), und sie muss unter den Mitarbeitern über die nötigen Fachkräfte für diese Dienstleistungen verfügen. Die Praxis zeigt, dass dieses Verfahren in einigen Regionen sehr einfach ist und durch die NKO leicht durchlaufen werden kann. Allerdings gibt es auch Regionen, in denen für die Aufnahme in ein Register bewusst bürokratische Hürden errichtet werden. Daher ist das Vorhandensein nichtstaatlicher Organisationen im Register ein Indikator für den guten Willen und die Aufgeschlossenheit der betreffenden Regionalbehörden hinsichtlich einer Beteiligung von NKO und Privatfirmen im Bereich sozialer Dienstleistungen.

Eine wichtige Besonderheit dieser Reform besteht darin, dass sie von der Zentralregierung ohne eine ernsthafte Abstimmung mit den Regionen erfolgt, also ohne deren finanzielle und administrative Möglichkeiten zu berücksichtigen. Im Ergebnis werden in vielen Regionen bürokratische Hürden bei der Registrierung alternativer Anbieter geschaffen; oder es werden keine Haushaltsmittel eingestellt, um die Ausgaben für die von alternativen Anbietern erbrachten sozialen Dienstleistungen zu decken. Gleichzeitig gibt es auch Beispiele eines erfolgreichen Übergangs zu neuen Prinzipien der Erbringung von sozialen Dienstleistungen.

Regionale Unterschiede bei der Umsetzung der Reform sozialer Dienstleistungen

Nach Angaben des russischen Justizministeriums waren 2017 insgesamt 223.179 NKO registriert (einschließlich der politischen Parteien). Etwas mehr als die Hälfte von ihnen haben den Status einer SONGO, nämlich 143.436 Organisationen (nach Angaben des Föderalen Dienstes für staatliche Statistik, Rosstat). Während 2016 noch 297 nichtstaatliche Organisationen (SONGOs und Privatunternehmen) als offizielle Anbieter sozialer Dienstleistungen registriert waren, gab es 2017 bereits 415 solcher Organisationen. Aus diesen Zahlen wird deutlich, dass die Zahl nichtstaatlicher Organisationen, die ebenso wie die staatlichen Anbieter Träger sozialer Dienstleistungen sind, innerhalb eines Jahres um 118 gestiegen ist. Berücksichtigt man, dass 2016 insgesamt 4735 Anbieter registriert waren, wird deutlich, dass weiterhin – wie zu erwarten – ein Monopol staatlicher Einrichtungen besteht. Interessanterweise gab es 2016 unter den 297 nichtstaatlichen Anbietern

159 private Unternehmen, während die übrigen 138 SONGO waren.

In mehr als einem Drittel der Regionen (37,8 %) gibt es keine NKO als alternative Anbieter, beispielsweise in den Gebieten Iwanowo und Omsk sowie in der Republik Komi. In rund der Hälfte der Regionen Russlands (53 %) sind weniger als zehn Prozent der Anbieter nichtstaatlich. Zu dieser Gruppe gehören unter anderem die Gebiete Saratow, Rostow und Belgorod. Neun Prozent der Regionen sind beim Anteil nichtstaatlicher Anbieter führend: Hier sind zwischen 10 % und 15 % NKO und Privatunternehmen in den Registern gelistet, unter anderem das Gebiet Tambow, das Leningrader Gebiet und die Region Kamtschatka.

Die Regionen unterscheiden sich sowohl in der Menge, als auch Qualität der offiziell anerkannten alternativen staatlichen und nichtstaatlichen Anbieter. Eine Analyse der sozialen Gruppen, mit denen registrierte nichtstaatliche Anbieter arbeiten, lässt eine Reihe von Schlüssen zu (Stand 2017). Von den 415 nichtstaatlichen Trägern waren 112 Organisationen (26 %) in der Altenpflege aktiv, 72 Organisationen (17 %) arbeiten mit Kindern (kranken und solchen ohne elterliche Fürsorge), 91 Organisationen (22 %) sind zur Unterstützung und Eingliederung von Menschen in schwierigen Lebenslagen tätig (Drogen- und Alkoholabhängige, Obdachlose, ehemalige Strafgefangene usw.) und 59 Organisationen (14 %) arbeiteten mit Behinderten. Die verbleibenden 35 Organisationen (8 %) arbeiten mit unterschiedlichen Klientelkategorien oder fördern einen gesunden Lebenswandel, die Eigenentwicklung der Menschen usw.

Diese Daten bestätigen die Ansicht von Experten, dass das Gesetz Nr. 442-FZ vor allem im Bereich der Altenpflege angewandt wurde. Das lässt sich damit erklären, dass es für diesen Bereich staatlicher sozialer Dienstleistungen, genau wie für die Kinderhilfe, in der russischen Gesellschaft den größten Bedarf gibt und die bestehende staatliche Infrastruktur den herrschenden Bedarf nicht decken kann. Die Infrastruktur der Altersheime ist in erheblichem Maße baufällig, so dass sie nur von den Bedürftigsten genutzt werden, die ohne Unterstützung ihrer Familie leben müssen. Gleichzeitig sorgt zusätzlich die Alterung der Bevölkerung in Russland und die entsprechend zunehmende Nachfrage nach qualitativ angemessenen Dienstleistungen in gerontologischen Einrichtungen oder Abteilungen gerade in diesem sozialpolitischen Bereich für eine Entwicklung nichtstaatlicher Anbieter.

Bemerkenswerterweise sind von den 88 Organisationen, die Personen mit eingeschränkten Möglichkeiten unterstützen und mit sozialen Dienstleistungen versorgen, rund ein Drittel (29 Träger) regionale Abteilungen russlandweit tätiger Organisationen (ehemaliger All-

unionsverbände). Diese Organisationen sind Rechtsnachfolger der sowjetischen Behindertenverbände, der »Allrussische Gesellschaft der Blinden« und die »Allrussische Gesellschaft der Behinderten«. Regionale Abteilungen der Verbände wurden in den Gebieten Archangelsk, Brjansk und Orenburg in das Register der Anbieter sozialer Dienstleistungen aufgenommen. Im Gebiet Archangelsk sind Mitarbeiter der Organisation als Dolmetscher für Gebärdensprache tätig, um Gehörlosen den Zugang zum bestehenden Spektrum sozialer Dienstleistungen zu erleichtern.

Ein interessantes Phänomen ist die Einbeziehung von Veteranenverbänden in die neue Logik der Bereitstellung sozialer Dienstleistungen, und zwar ungeachtet des Umstandes, dass für deren Tätigkeit vor allem Paternalismus und Lobbyarbeit für eine staatliche Finanzierung dieser Organisationen kennzeichnend ist. In einigen Fällen jedoch durchlaufen diese Organisation einen Wandel und werden zu Anbietern sozialer Leistungen für ihre Mitglieder.

Bezeichnend ist auch der geringe Anteil der betreffenden religiösen Organisationen, die in der einen oder anderen Form soziale Hilfestellung und Dienste für Menschen mit geringem Wohlstand anbieten. Eine Durchsicht der Register für 2016 förderte vier Organisationen zutage, die der Russischen Orthodoxen Kirche nahestehen (in den Gebieten Kostroma und Nowosibirsk sowie in der Republik Baschkortostan). 2017 waren bereits 13 solcher Organisationen registriert. Darüber hinaus waren 2016 zwei andere Konfessionen durch registrierte Träger vertreten, nämlich: durch die gesellschaftliche Organisation »Lokale nationale und kulturelle griechische Autonomie« in Rostow am Don und die Regionale gesellschaftliche Organisation »Jüdisches Gemeinde- und Kulturzentrum des Gebiets Rjasan *Chesed Tschuwa*«. Die Anzahl solcher Organisationen ist 2017 sogar auf sechs angestiegen.

Einen besonderen Fall stellt die Republik Baschkortostan dar, in der Privatunternehmen und NKO 37,3 % aller Anbieter im Register stellen. Das lässt sich damit erklären, dass hier viele soziale Dienstleistungszentren für die Bevölkerung von Baschkortostan zweifach ins Register eingetragen sind: einmal als sogenannte »autonome nichtkommerzielle Organisationen« (ANO), die von Behörden in der Region gegründet wurden, und als Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Dadurch besteht das Register zu mehr als einem Drittel aus nichtstaatlichen Trägern. Dort sind nur zwei NKO zu finden, die nicht vom Staat gegründet wurden, nämlich die religiöse Organisation »Neftekamsker Eparchie der Russischen Orthodoxen Kirche (Moskauer Patriarchat)« und die Jüdische wohltätige Stiftung »Chesed-Leja«.

Eine Analyse des Führungspersonals der nichtstaatlichen Träger zeigt, dass es Organisationen gibt, die von

leitenden Sozialarbeitern entsprechender staatlicher Einrichtungen gegründet wurden oder mit diesen in Verbindung stehen. Die Analyse hat darüber hinaus ergeben, dass die zielgerichtete Gründung einer nichtkommerziellen Organisation oder eines Privatunternehmens (als GmbH oder als Einzelunternehmer) keine verbreitete Praxis ist. Einige Beispiele konnten allerdings festgestellt werden. Meist werden dabei Leiter von Lokalverwaltungen oder Sozialdiensten zu Leitern eines Privatunternehmens, indem sie sich als »unabhängige« Einzelunternehmer registrieren ließen. Beispiele hierfür gibt es in den Gebieten Belgorod, Murmansk und Archangelsk sowie im Leningrader Gebiet. Von den 297 nichtstaatlichen Trägern, die 2016 registriert waren, bestanden in sieben Fällen Interessenskonflikte oder waren Führungspositionen im staatlichen Bereich und in einer kommerziellen oder nichtkommerziellen Organisation von den gleichen Personen besetzt.

Faktoren bei der Diversifizierung sozialer Dienstleistungen

Eine Analyse der Faktoren, die eine Diversifizierung des Bereichs sozialer Dienstleistungen befördern, erfordert eine tiefergehende Untersuchung. Allerdings lassen sich jetzt schon vorläufige Schlüsse ziehen. Zwei markante Beispiele sind die Republik Tatarstan und das Gebiet Tjumen, zwei Pilotregionen bei der Einführung neuer Prinzipien des öffentlichen Managements. Wie zu erwarten, ist hier das Diversifizierungsniveau bei sozialen Dienstleistungen höher. Die Republik Tatarstan ist einer der regionalen Nutznießer und an vielen föderalen Programmen zur Einführung von Instrumenten eines neuen öffentlichen Managements beteiligt (Outsourcing, Abwicklung über Projektbudgets usw.). Allerdings wird die Subventionierung durch Mittel aus dem Zentralhaushalt vielfach dazu genutzt, um im Bereich der Sozialpolitik Klientele für künftige politische (elektrale) Mobilisierung zu erzeugen. Da die ursprünglichen Ziele durch eine Praxis von Patronage und Klientelismus verdrängt wurden, ist eine echte Diversifizierung des Sektors ausgeblieben. Ein ähnliches Beispiel ist das Gebiet Tjumen, eine Pilotregion für viele Projekte im Bereich innovativer Sozialpolitik, unter anderem solcher, die von den Zentralbehörden angestoßen wurden. 2016 waren dort im Register 7,8 % nichtstaatlicher Anbieter gelistet (drei NKO und ein Privatunternehmen), während es 2017 bereits 13 % waren (sechs NKO und ein Privatunternehmen). Die Beispiele der beiden oben genannten Regionen Tatarstan und Tjumen zeigen, dass externe Investitionen in Innovationen im Sozialbereich nicht immer eine Garantie für eine erfolgreiche Diversifizierung der Anbieterstruktur für soziale Dienstleistungen sind.

Wenn für einen Vergleich die erfolgreichsten Versuche einer Etablierung alternativer Anbieter herangezogen werden, so ist in diesen Regionen bei den im Register gelisteten staatlichen Einrichtungen der relativ hohe Anteil autonomer staatlicher Einrichtungen ähnlich gelagert. Dieser Effekt ist – in der Gegenrichtung – auch in jenen Regionen wirksam, in denen keine nichtstaatlichen Träger registriert sind: Hier ist die Anzahl autonomer staatlicher Einrichtungen minimal oder gleich null (s. Tabellen 1 und 2 auf S. 9). Aus den Beispielen ergibt sich auch, dass Regionen ohne registrierte nichtstaatliche Anbieter weniger wohlhabend sind und nur ein geringes Bruttoregionalprodukt aufweisen. Diese Regionen sind durch einen schwach entwickelten nichtkommerziellen Sektor gekennzeichnet: Die Anzahl registrierter NKO aller Art in den betreffenden Regionen ist sehr gering. Umgekehrt ist in Regionen, in denen eine größere Zahl nichtstaatlicher Anbieter registriert und der nichtkommerzielle Sektor stärker entwickelt ist, auch die Anzahl der registrierten alternativen Anbieter größer.

Diese Faktoren (Bruttoregionalprodukt, Anzahl der autonomen staatlichen Einrichtungen) mögen zwar nicht in allen Regionen Russlands in gleicher Weise wirksam sein, doch lässt sich ihr Gewicht mit einem hohen Maß an Gewissheit festhalten: Eine statistische Analyse belegt den Einfluss dieser Faktoren auf den entsprechenden Anteil nichtstaatlicher Träger in der jeweiligen Region. Der Reformprozess ist noch nicht abgeschlossen und es zeichnet sich die Tendenz ab, dass immer mehr nichtstaatlicher Träger registriert werden. So sind beispielsweise 2017 in den Registern einiger Regionen (Region Krasnojarsk, Republiken Altai, Komi und Jakutien (Sacha), Gebiet Jaroslawl) SONGOs entstanden. Das bedeutet, dass der Diversifizierungsprozess sich noch nicht stabilisiert hat und es Aufgabe der Forschung bleibt, dessen Dynamik zu eruieren.

Über die Autorin

Anna Tarasenko wurde in Politikwissenschaft promoviert und forscht derzeit am Aleksanteri Institut (Finnisches Zentrum für Russland- und Osteuropa-Studien) der Universität Helsinki. Sie lehrt zudem an der Abteilung für angewandte Politologie der »Higher School of Economics« in St. Petersburg.

Lesetipps

- Kulmala, M., A. Tarasenko: Interest Representation and Social Policy Making: Russian Veterans' Organisations as Brokers between the State and Society, in: Europe-Asia Studies, 68.2016, Nr. 1, S. 138–163; <<https://publications.hse.ru/en/view/173603935>>.
- Remington T.: Institutional Variation among Russian Regional Regimes: Implications for Social Policy and the Development of Non-governmental Organizations, in: Voluntas: International Journal of Voluntary & Nonprofit Organizations, 26.2015, Nr. 6, S. 2215–2237.
- Tarasenko, A.: Russian Welfare Reform and Social NGOs: Strategies for Claim-making and Service Provision in the Case of Saint Petersburg, in: East European Politics, 31.2015, Nr. 3, S. 294–313.

Schlussfolgerungen

Dieser Beitrag sollte anhand der vorgenommenen Reformen die Abkehr von der totalen Dominanz staatlicher Anbieter sozialer Dienstleistungen sowie die regionalen Unterschiede in diesem Bereich beschreiben und analysieren. Die Analyse hat ergeben, dass die Diversifizierung zwar reichlich begrenzt ist, aber die Anzahl nichtstaatlicher Träger tendenziell zunimmt, vergleicht man die Register von 2016 und 2017.

Die Gründung von GONGOs (Nichtregierungsorganisationen, die vom Staat gegründet oder stark beeinflusst werden) und Privatunternehmen durch Vertreter von Staatsbeamten und Politikern aus dem Sozialbereich wurde nur begrenzt betrieben. Religiöse Organisationen bleiben eine Minderheit und sind unter den Trägern nur sehr begrenzt vertreten. Der überwiegende Teil alternativer Anbieter sind professionelle NKO, die in ihrem Bereich schon viele Jahre tätig sind. Den größten Bedarf gibt es im Bereich der Altenpflege, an zweiter Stelle steht die Kinderfürsorge.

Aufgrund einer vorläufigen Analyse können wir konstatieren, dass der Diversifizierungsgrad davon abhängig ist, inwieweit das staatliche System der sozialen Dienstleistungen selbst bereits reformiert ist: Je mehr autonome staatliche Träger registriert sind, desto mehr nichtstaatliche Anbieter wurden auch anerkannt. Anders gesagt: Wenn mehr staatliche Einrichtungen (freiwillig oder unfreiwillig) die Prinzipien des neuen öffentlichen Managements übernehmen, ist in der betreffenden Region auch eher eine Entwicklung alternativer Anbieter zu erwarten. Daneben spielen auch die vorhandenen Ressourcen einer Region bzw. ein relativ hohes regionales Bruttoprodukt eine positive Rolle bei der Entwicklung des nichtkommerziellen Sektors.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Tabelle 1: Regionen mit den größten Anteilen nichtstaatlicher Anbieter, die im Register geführt werden

| Nr. | Region | Anteil nicht-staatlicher Anbieter im Register (in % aller Anbieter), 2016 | Bruttoregionalprodukt pro Kopf und Jahr (in Rubel), 2014 | Anteil autonomer Einrichtungen (in %) | Anzahl registrierter SONGOs* (nach Rosstat, 2016) |
|-----|-------------------------|---|--|---------------------------------------|---|
| 1 | Republik Baschkortostan | 37,3 | 306.771 | 62,5 | 4.957 |
| 2 | Region Perm | 36,9 | 367.087 | 59,5 | 3.029 |
| 3 | Gebiet Wladimir | 14,4 | 232.631 | 10,2 | 1.684 |
| 4 | Gebiet Nowosibirsk | 13,5 | 326.868 | 22,9 | 4.311 |
| 5 | Gebiet Tjumen | 9,6 | 521.987 | 100 | 3.435 |

* SONGO: sozialorientierte nicht-kommerzielle Organisation

Quelle: zusammengestellt von Anna Tarasenko, eine frühere Version der Tabelle wurde zuerst veröffentlicht in: Anna Tarasenko: Diversifikazija sfery sozialnych uslug w Rossii: faktory regionalnych raslitschij, <https://eu.spb.ru/images/M_center/M_58_17.pdf>

Tabelle 2: Regionen mit dem geringsten Anteil nichtstaatlicher Anbieter, die im Register geführt werden

| Nr. | Region | Anteil nicht-staatlicher Anbieter im Register (in % aller Anbieter), 2016 | Bruttoregionalprodukt pro Kopf und Jahr (in Rubel), 2014 | Anteil autonomer Einrichtungen (in %) | Anzahl registrierter SONGOs* (nach Rosstat, 2016) |
|-----|--|---|--|---------------------------------------|---|
| 1 | Karatschajewo-Tscherkessische Republik | 0 | 147.396 | 0 | 674 |
| 2 | Gebiet Kurgan | 0 | 193.434 | 0 | 497 |
| 3 | Rep. Mari El | 0 | 209.488 | 0 | 504 |
| 4 | Republik Nord-ossetien-Alanien | 0 | 179.992 | 0 | 650 |

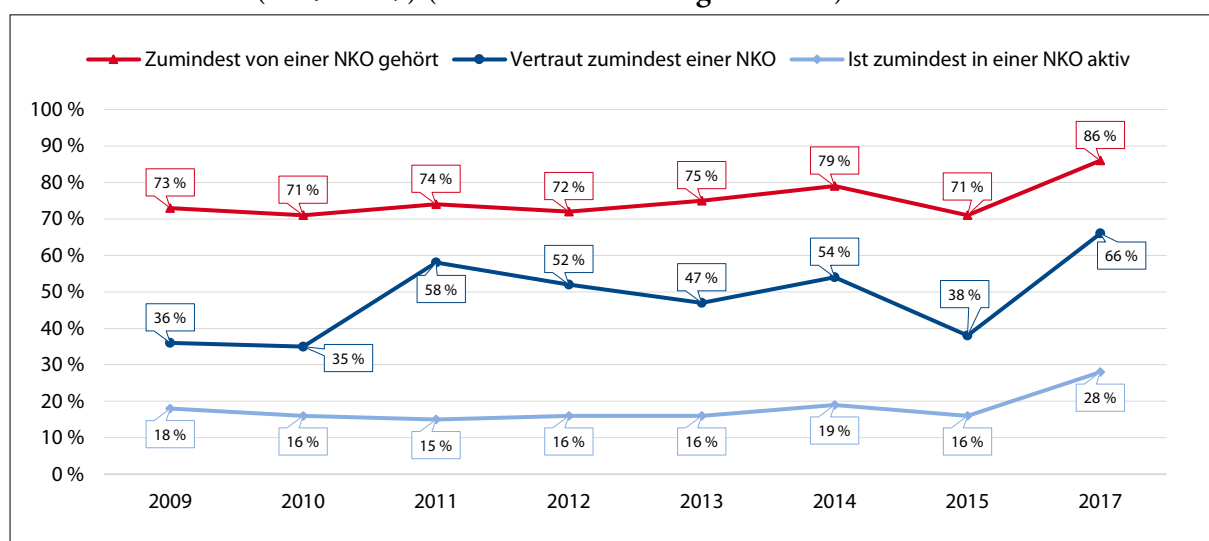
* SONGO: sozialorientierte nicht-kommerzielle Organisation

Quelle: zusammengestellt von Anna Tarasenko, eine frühere Version der Tabelle wurde zuerst veröffentlicht in: Anna Tarasenko: Diversifikazija sfery sozialnych uslug w Rossii: faktory regionalnych raslitschij, <https://eu.spb.ru/images/M_center/M_58_17.pdf>

UMFRAGE

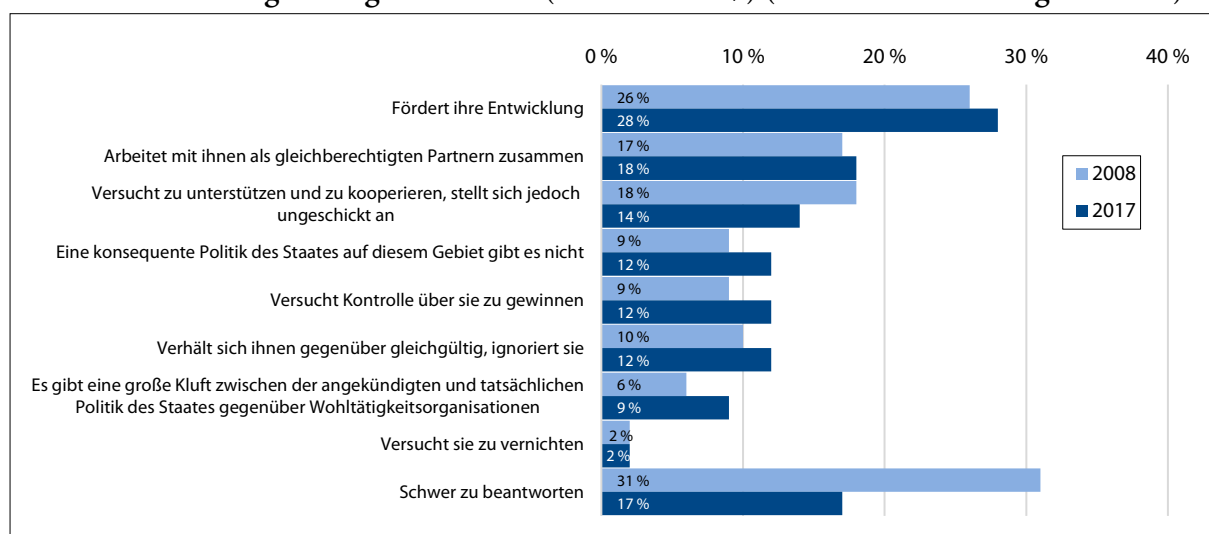
Staat und gemeinnützige Organisationen: die Meinung der Bürgerinnen und Bürger

Grafik 1: Informiertheit, Vertrauen, Beteiligung an gesellschaftlichen Vereinigungen und anderen nichtkommerziellen Organisationen (NKO) bzw. zivilgesellschaftlichen Initiativen (2009–2017) (mehrere Antwortmöglichkeiten)



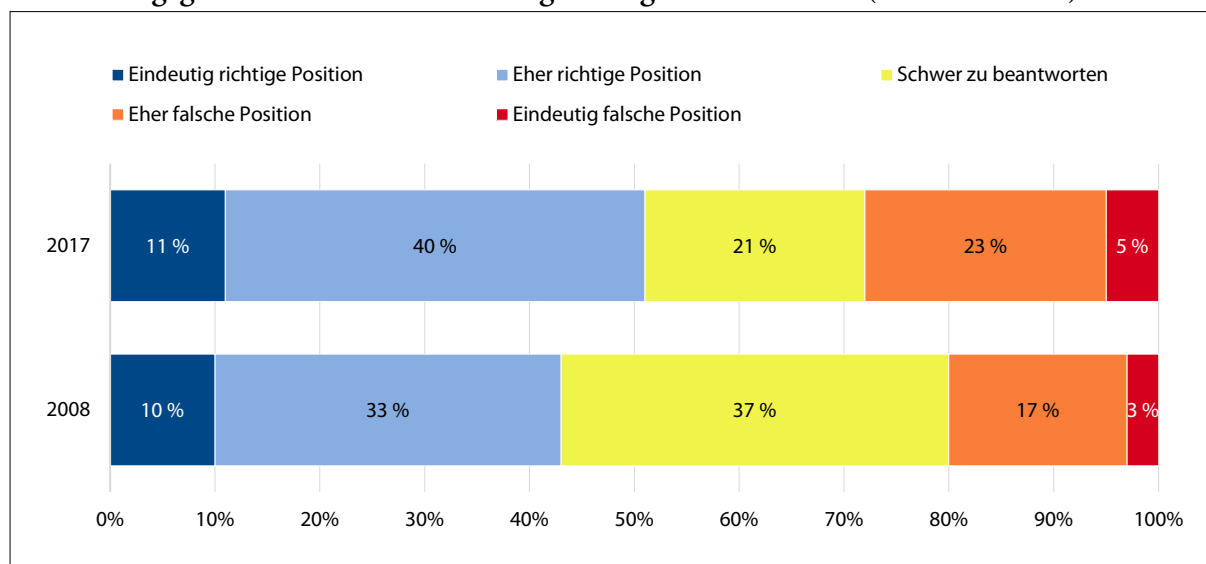
Quelle: Umfrage des Zentrums zur Erforschung der Zivilgesellschaft und des gemeinnützigen Sektors an der Higher School of Economics, Moskau (mehrfach territorial geschichtete Zufallsstichprobe von Haushalten in 43 Subjekten der RF, N=2000), <https://grans.hse.ru/data/2017/05/30/1172163301/Пленар_25.05_1_Мерсиянова.pdf>, S. 3

Grafik 2: Wie verhält sich Ihrer Meinung nach der Staat gegenwärtig gegenüber russischen Wohltätigkeitsorganisationen? (2008 und 2017) (mehrere Antwortmöglichkeiten)



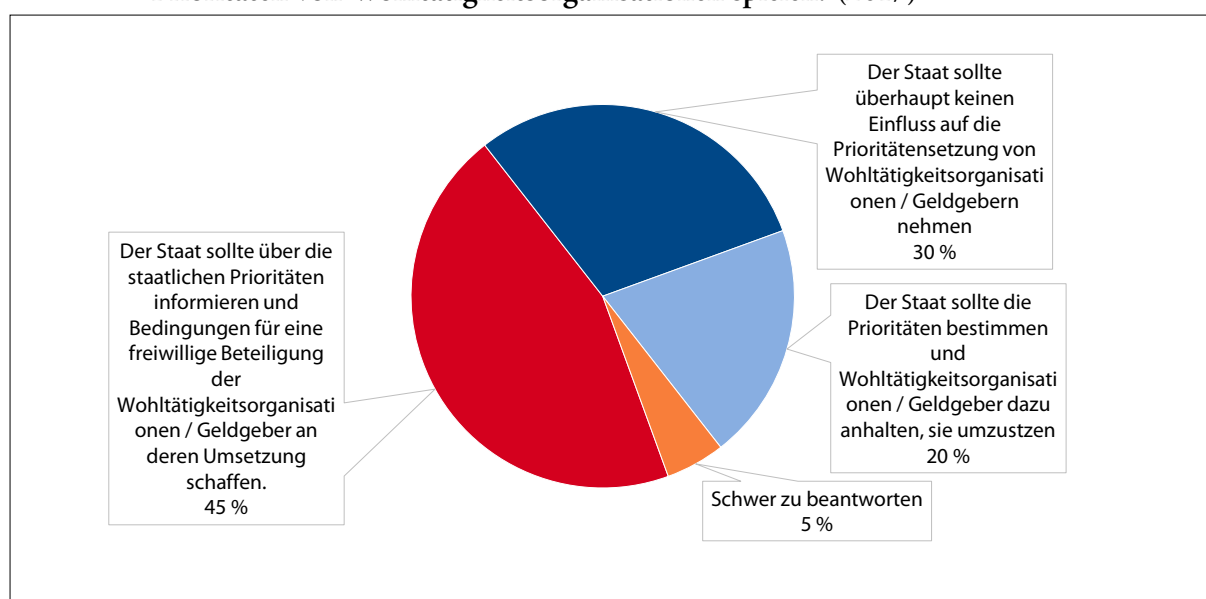
Quelle: Umfrage des Zentrums zur Erforschung der Zivilgesellschaft und des gemeinnützigen Sektors an der Higher School of Economics, Moskau (mehrfach territorial geschichtete Zufallsstichprobe von Haushalten in 43 Subjekten der RF, N=2000), <https://grans.hse.ru/data/2017/08/18/1174187494/Bulleten_12_web.pdf>, S. 9

Grafik 3: Was meinen Sie, nimmt der Staat gegenwärtig eine richtige oder falsche Position gegenüber russischen Wohltätigkeitsorganisationen ein? (2008 und 2017)



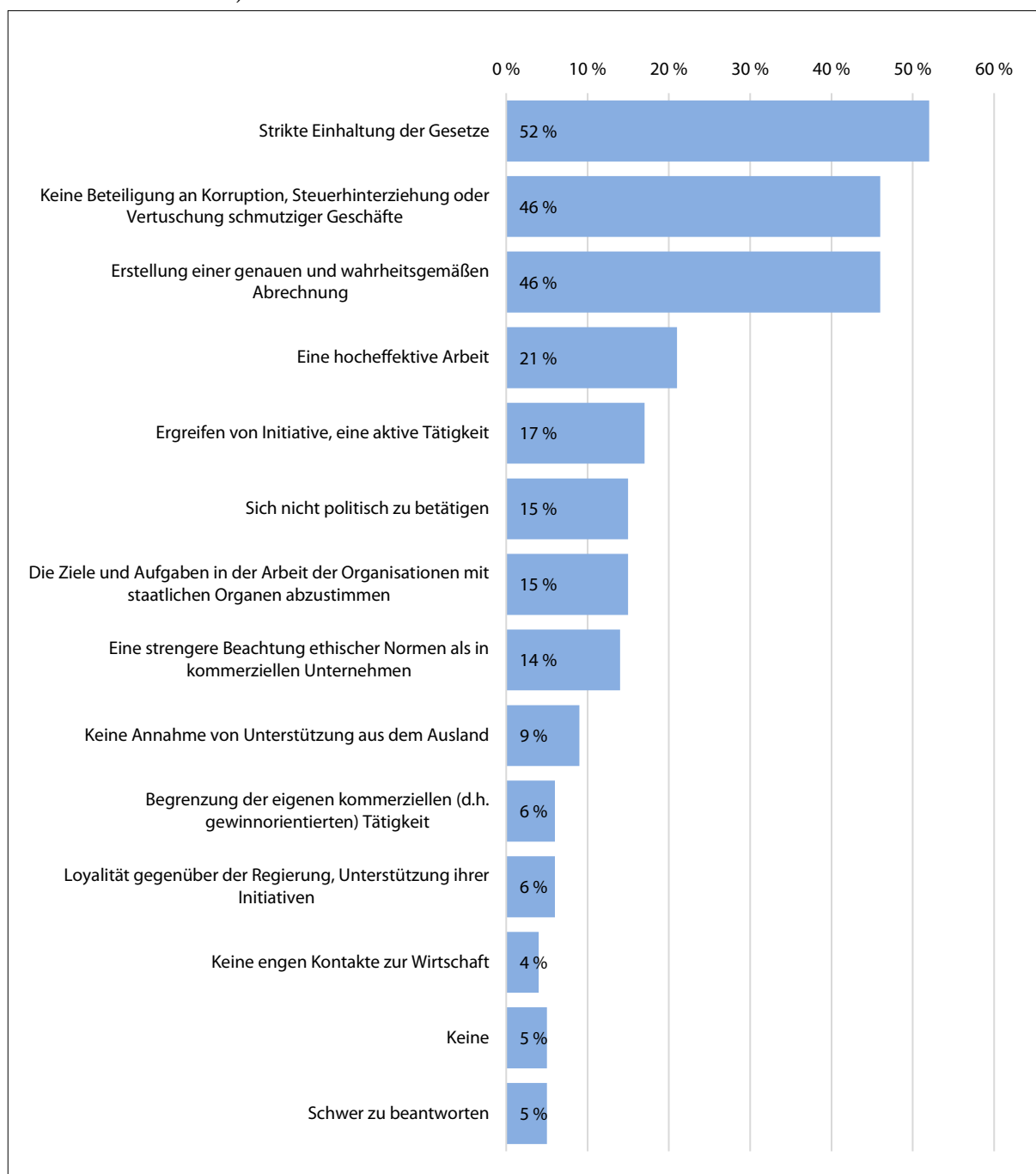
Quelle: Umfrage des Zentrums zur Erforschung der Zivilgesellschaft und des gemeinnützigen Sektors an der Higher School of Economics, Moskau (mehrfach territorial geschichtete Zufallsstichprobe von Haushalten in 43 Subjekten der RF, N=2000), <https://grans.hse.ru/data/2017/08/18/1174187494/Bulleten_12_web.pdf>, S. 10

Grafik 4: Welche Rolle sollte Ihrer Meinung nach der Staat bei der Festlegung von Zielen und Prioritäten von Wohltätigkeitsorganisationen spielen? (2017)



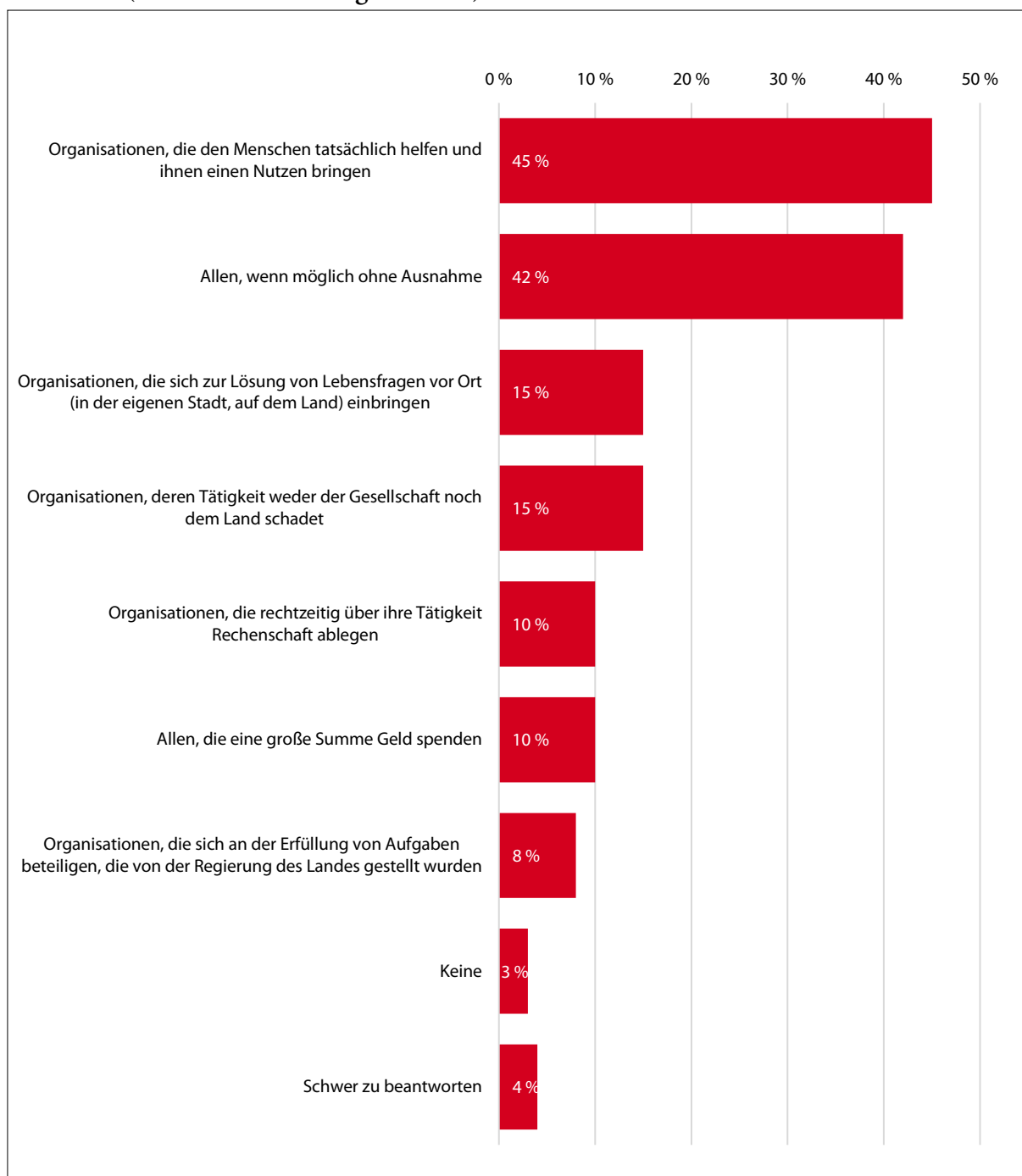
Quelle: Umfrage des Zentrums zur Erforschung der Zivilgesellschaft und des gemeinnützigen Sektors an der Higher School of Economics, Moskau (mehrfach territorial geschichtete Zufallsstichprobe von Haushalten in 43 Subjekten der RF, N=2000), <https://grans.hse.ru/data/2017/08/18/1174187494/Bulleten_12_web.pdf>, S. 11

Grafik 5: Welche Forderungen kann der Staat Ihrer Meinung nach berechtigterweise an Wohltätigkeitsorganisationen für seine Förderung stellen? (2017) (mehrere Antwortmöglichkeiten)



Quelle: Umfrage des Zentrums zur Erforschung der Zivilgesellschaft und des gemeinnützigen Sektors an der Higher School of Economics, Moskau (mehrfach territorial geschichtete Zufallsstichprobe von Haushalten in 43 Subjekten der RF, N=2000), <https://grans.hse.ru/data/2017/08/18/1174187494/Bulleten_12_web.pdf>, S. 12

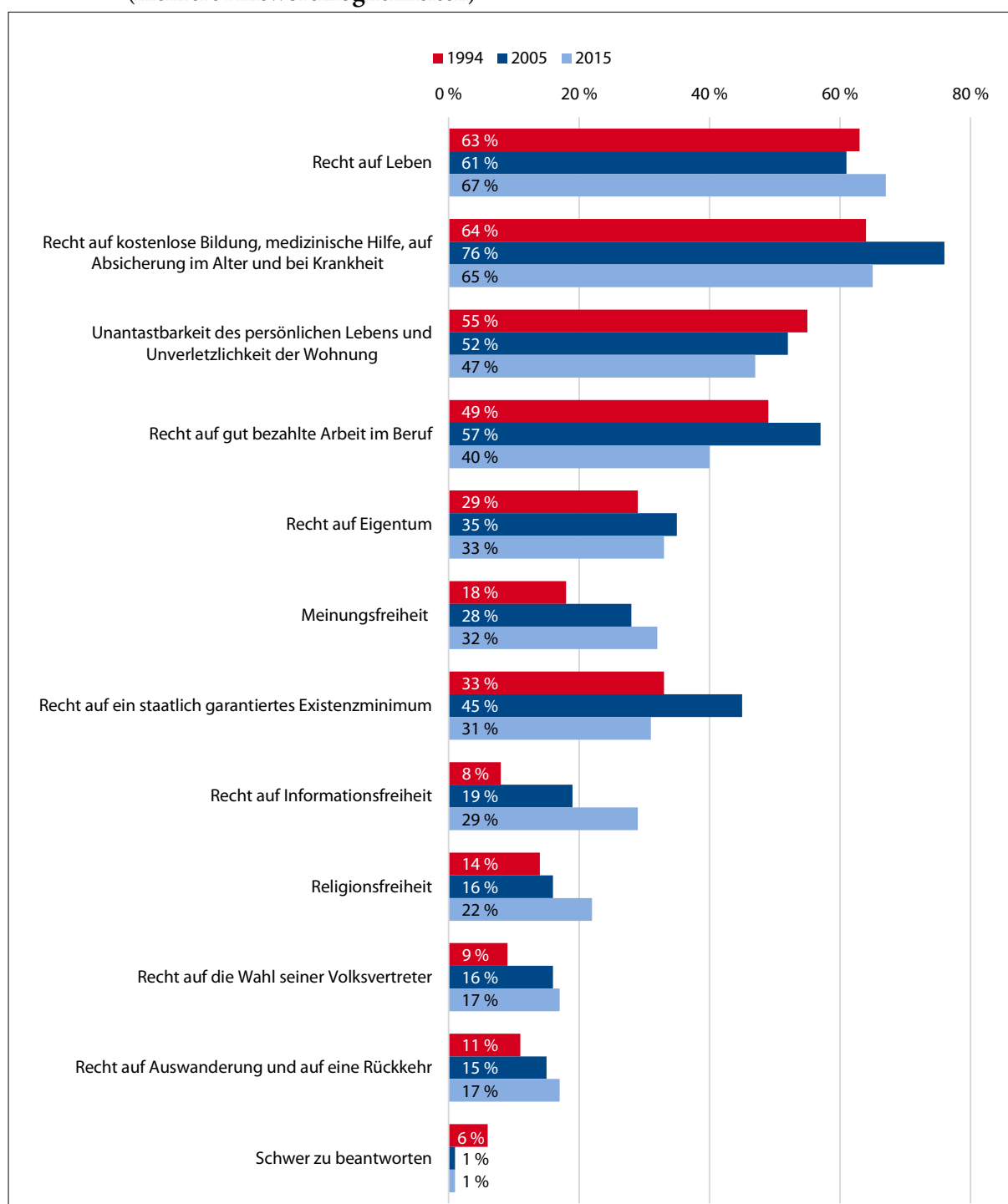
Grafik 6: Welche russischen Wohltätigkeitsorganisationen sollte der Staat begünstigen? (2017)
(mehrere Antwortmöglichkeiten)



Quelle: Umfrage des Zentrums zur Erforschung der Zivilgesellschaft und des gemeinnützigen Sektors an der Higher School of Economics, Moskau (mehrfach territorial geschichtete Zufallsstichprobe von Haushalten in 43 Subjekten der RF, N=2000), <https://grans.hse.ru/data/2017/08/18/1174187494/Bulleten_12_web.pdf>, S. 12

Einstellung zu sozialen, politischen und bürgerlichen Rechten

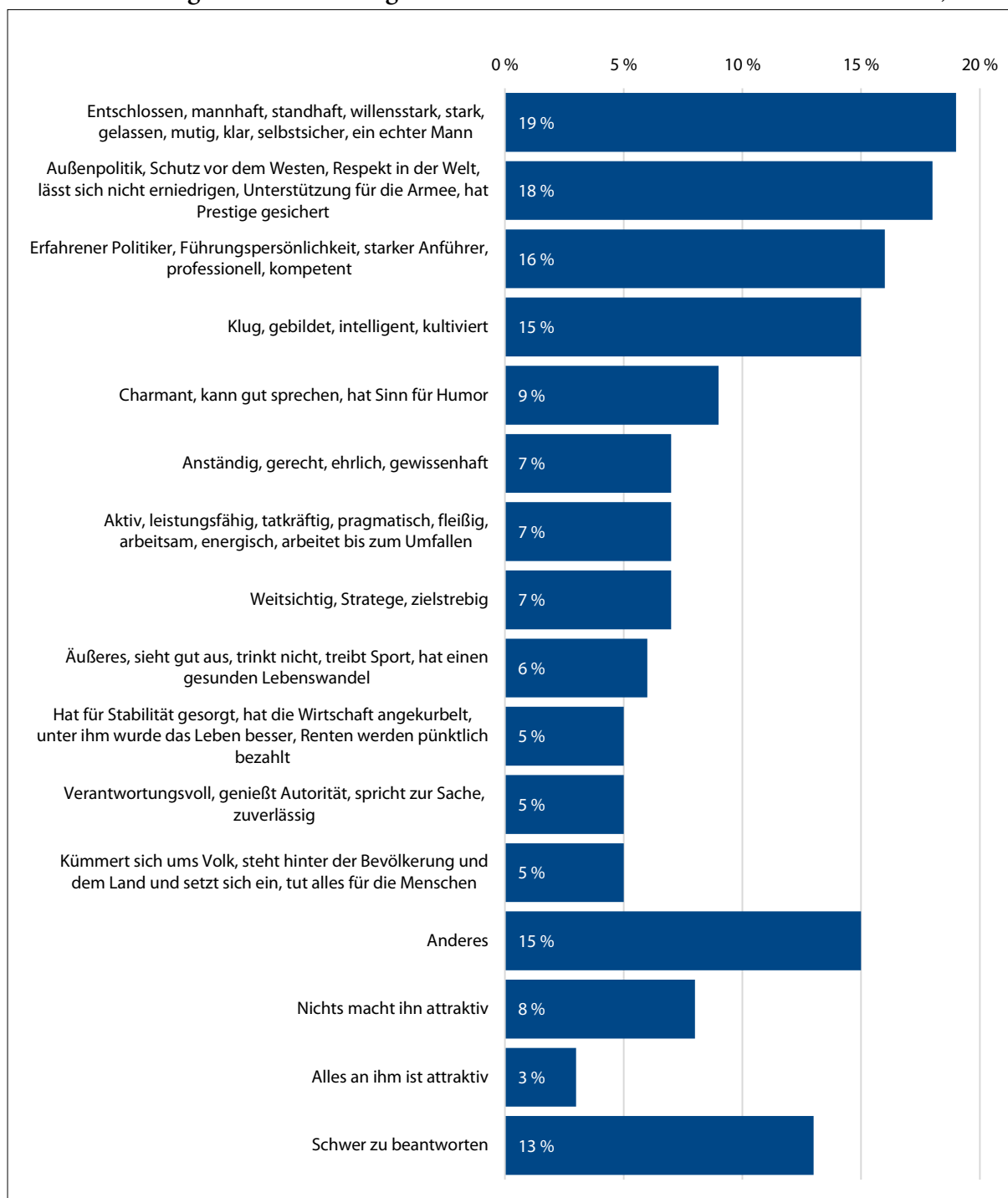
**Grafik 7: Welche der folgenden Menschenrechte sind Ihrer Meinung nach am wichtigsten?
(mehrere Antwortmöglichkeiten)**



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Oktober 2015, <<https://www.levada.ru/2015/12/10/rossiyane-okonstitutsii-4/>>, veröffentlicht am 10. Dezember 2015

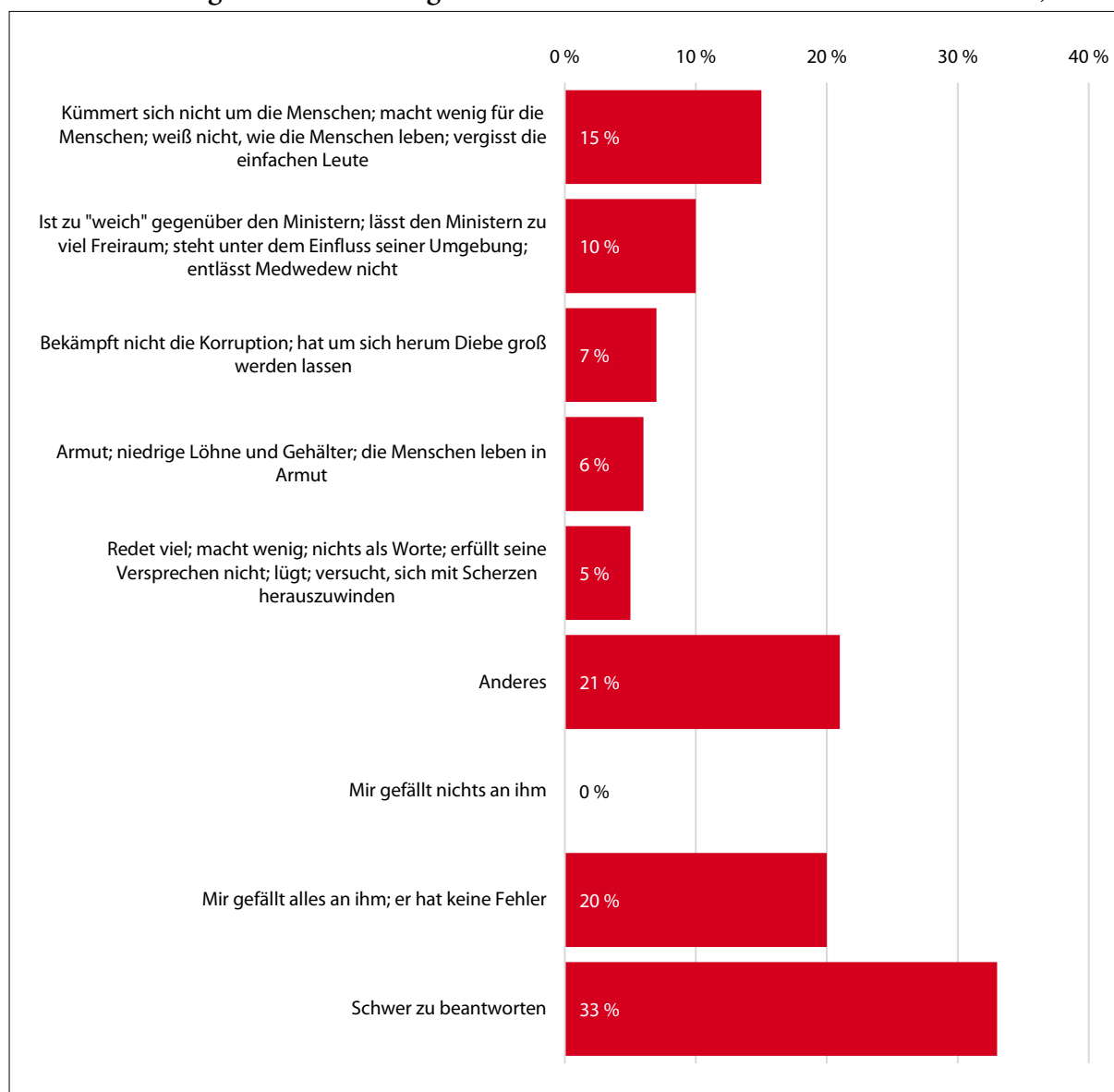
Einschätzungen zu Wladimir Putin

Grafik 8: Was macht Wladimir Putin für Sie attraktiv? (offene Frage, die Respondenten haben die Eigenschaften selbst genannt und konnten mehr als ein Merkmal nennen)



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 20.–24. Oktober 2017, <<https://www.levada.ru/2017/11/20/vladimir-putin-5/>>, veröffentlicht am 20. November 2017

Grafik 9: Was gefällt Ihnen nicht an Wladimir Putin? (offene Frage, die Respondenten haben die Eigenschaften selbst genannt und konnten mehr als ein Merkmal nennen)



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 20.–24. Oktober 2017, <<https://www.levada.ru/2017/11/20/vladimir-putin-5/>>, veröffentlicht am 20. November 2017

CHRONIK

16. November – 3. Dezember 2017

| | |
|------------|--|
| 16.11.2017 | Bei einem Verkehrsunfall in der Republik Mari El sterben 15 Menschen. Ein Kleinbus war bei starkem Schneefall mit einem Holztransporter zusammengestoßen. |
| 16.11.2017 | Russland beschließt humanitäre Hilfen für den Süden Libyens. Es sollen vor allem wichtige Medikamente zur Verfügung gestellt werden. |
| 17.11.2017 | Russland legt im UN-Sicherheitsrat ein Veto gegen eine Verlängerung der UN-geführten Untersuchung zu Giftgasangriffen in Syrien ein. Von 15 Mitgliedern im Sicherheitsrat stimmten elf für eine Verlängerung. Ägypten und China enthielten sich, Bolivien stimmte wie Russland gegen die Maßnahme. Ein russischer Entwurf zur Verlängerung der Untersuchung scheiterte ebenfalls. |
| 17.11.2017 | Gennadij Lopyrjew, General des Föderalen Wachdienstes, dessen Hauptaufgabe die Sicherheit des russischen Präsidenten und der russischen Regierung ist, wird wegen Bestechlichkeit zu zehn Jahre Lagerhaft verurteilt. |
| 18.11.2017 | In Kiew wird ein russischer Staatsbürger aus Tschetschenien verhaftet, der wegen Beteiligung an Auftragsmorden von Interpol gesucht wurde. Er wird unter anderem des Mordes an Paul Chlebnikow, dem Chefredakteur der russischen Ausgabe des Wirtschaftsmagazins »Forbes«, verdächtigt. Chlebnikow war am 9. Juli 2004 in Moskau erschossen worden. |
| 18.11.2017 | Russlands Präsident Wladimir Putin weiht auf der ukrainischen Halbinsel Krim ein Denkmal für den russischen Kaiser Alexander III. (1845–1894) ein. Er war 1894 während eines Erholungsurlaubs auf der Krim gestorben. |
| 19.11.2017 | Pawel Krjukow, Chef einer der größten Tochterfirmen des Mineralölkonzerns »Gazprom Neft«, wird im Autonomen Kreis der Jamal-Nenzen wegen des Verdachts auf Bestechung verhaftet. Das Strafermittlungskomitee wirft ihm vor, eine Million Rubel (ca. 28.000 €) Schmiergeld angenommen zu haben. |
| 20.11.2017 | In Sotschi empfängt Präsident Wladimir Putin seinen syrischen Amtskollegen Baschar al-Assad zu einem Arbeitstreffen. Dabei erklärt Putin, dass sich die Militäraktionen in Syrien gegen den sogenannten »Islamischen Staat« dem Ende nähere. |
| 20.11.2017 | In einem offenen Brief an Präsident Wladimir Putin beschwerten sich vier großen Wirtschaftsverbände Russlands über versteckte Steuererhöhungen. Damit verletze die Regierung von Dmitrij Medwedew ein Memorandum des Präsidenten aus dem Jahre 2014, das ein Wachstum der Steuerbelastung bis 2018 ausgeschlossen habe. |
| 21.11.2017 | In Nizza wird der russische Senator und Milliardär Sulejman Kerimow in Gewahrsam genommen. Die französische Justiz ermittelt gegen ihn wegen des Verdachts der Geldwäsche. Laut Medienberichten soll Kerimow im Zusammenhang mit dem Erwerb mehrerer Villen in der Nähe von Cannes dem französischen Fiskus Dutzende Millionen Euro schulden. |
| 21.11.2017 | Die Rede eines 17-jährigen russischen Schülers vor dem Deutschen Bundestag anlässlich des Volkstrauertages löst heftige Kontroversen in Russland aus. In den sozialen Medien, in Zeitungen und durch Politiker wird dem Jungen eine Verfälschung der Geschichte und öffentliche Rechtfertigung des Nationalsozialismus vorgeworfen. Dimitrij Peskow, Pressesprecher des russischen Präsidenten, bezeichnet die Debatte als »unverständliche, exaltierte Hetze«. |
| 22.11.2017 | Das Internationale Olympische Komitee schließt wegen Verstoßes gegen Anti-Doping-Regeln vier russische Skeleton-Athleten lebenslang von der Teilnahme an Olympischen Spielen aus. Unter ihnen ist auch der Olympiasieger von Sotschi, Alexander Tretjakow, der nun seine Goldmedaille verliert. |
| 22.11.2017 | Auf einem Gipfeltreffen in Sotschi treffen der russische Präsident Wladimir Putin, der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan und der iranische Präsident Hassan Ruhani zusammen. In einer gemeinsamen Erklärung rufen sie die syrischen Konfliktparteien auf, an dem von Putin vor Wochen vorgeschlagenen syrischen Volkskongress teilzunehmen, um über eine Nachkriegsordnung zu beraten. Die drei Staatshäupter betonten zudem die Souveränität und territoriale Einheit Syriens. |
| 23.11.2017 | Der russische Senator und Milliardär Sulejman Kerimow wird unter strengen Auflagen aus der Haft entlassen. Nach Angaben des zuständigen französischen Staatsanwalts muss er seinen Pass abgeben, eine Kaution von fünf Millionen Euro hinterlegen und darf das Département Alpes-Maritimes nicht verlassen. |
| 23.11.2017 | Bei einer Schießerei im Rayon Magaramkent (Republik Dagestan) sterben zwei Menschen, sechs werden verletzt. Hintergrund sollen Medienberichten zufolge Finanzstreitigkeiten zweier Gruppen sein, die in eine Schotterfabrik involviert sind. |

| | |
|------------|--|
| 23.11.2017 | Der Präsident der international nicht anerkannten »Volksrepublik Luhansk«, Igor Plotnizkij, verlässt nach einem Machtkampf unter den Separatisten das Gebiet Luhansk und begibt sich nach Russland. |
| 23.11.2017 | Die Zeitung »Nowaja Gazeta« berichtet von massenhaften Durchsuchungen, Mitarbeiter des russischen Inlandsgeheimdienstes und des russischen Innenministeriums bei Krimtataren auf der Halbinsel Krim vorgenommen haben sollen. |
| 24.11.2017 | Das »Internationale Olympische Komitee« (IOC) sperrt den früheren russischen Bobpiloten Alexander Subkow wegen Dopingvergehen lebenslang für Olympische Spiele. Der zweifache Sieger bei den Winterspielen 2014 in Sotschi und amtierende Präsident des russischen Bobverbandes muss zudem seine Goldmedaillen zurückgeben. |
| 24.11.2017 | Ministerpräsident Dimitrij Medwedew entlässt den stellvertretenden Transportminister und früheren Schwiegersohn von Boris Jelzin, Walerij Okulow. |
| 26.11.2017 | Laut einem Bericht der englischen Zeitung »Mail on Sunday« verfügt der ehemalige Leiter des Anti-Doping-Zentrums in Moskau, Grigorij Rodtschenkow, über Beweise, wonach russische Fußballer, darunter auch Nationalspieler, in das Staatliche Dopingprogramm Russlands verwickelt seien. Seinem Anwalt zufolge sei Rodtschenkow bereit, der FIFA entsprechendes Material zu übergeben. |
| 27.11.2017 | Das »Internationale Olympische Komitee« annulliert wegen Verstößen gegen die Anti-Doping-Regeln die Ergebnisse von fünf weiteren russischen Athleten bei den Winterspielen 2014 in Sotschi. Unter ihnen sind zwei Goldmedaillengewinner im Bobfahren. Die Sportler werden auf Lebenszeit von Olympischen Spielen ausgeschlossen. |
| 28.11.2017 | Der Sicherheitsrat der Russischen Föderation beauftragt das Ministerium für das Fernsprechwesen und Massenkommunikation und das Innenministerium die Schaffung einer eigenen Internetinfrastruktur für die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) zu erörtern. |
| 28.11.2017 | Präsident Wladimir Putin schlägt die Einführung eines monatlichen Kindergelds zur Steigerung der Geburtenzahlen vor. Es soll ab 2018 für Kinder bis anderthalb Jahre in Höhe des Existenzminimums für Kinder (10.523 Rubel = 150 Euro) gezahlt werden. Außerdem soll das Programm für das Mutterschaftskapital bis 2021 verlängert werden. |
| 29.11.2017 | Wegen Verstößen gegen die Anti-Doping-Regeln bei den Olympischen Winterspielen 2014 in Sotschi sperrt das »Internationale Olympische Komitee« drei weitere Bobathleten auf Lebenszeit. Unterdessen teilt das russische Sportministerium mit, dass die betroffenen Athleten ihre Medaillen nicht zurückgeben und vor dem Internationalen Sportgerichtshof (CAS) klagen werden. |
| 29.11.2017 | Russland und Saudi-Arabien verständigen sich auf eine gemeinsame Politik zur Reduzierung der Ölförderung durch Staaten der OPEC sowie durch Nicht-OPEC-Staaten. Dies teilt der russische Energieminister Alexander Nowak nach einem Treffen mit seinem saudischen Kollegen Khalid A. Al-Falih mit. |
| 29.11.2017 | Russlands Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka erklärt, dass ab dem 1. Januar 2018 die anonyme Nutzung von mobilen Messengern verboten sein wird. |
| 29.11.2017 | Wegen des Verdachts auf Veruntreuung von mehr als 300 Millionen Rubel (ca. 4,3 Millionen Euro) werden ehemalige Mitarbeiter von Tochterfirmen des Mineralölkonzerns »Rosneft« festgenommen. In mehreren Regionen Russlands werden 20 Objekte durchsucht. |
| 30.11.2017 | Ministerpräsident Dmitrij Medwedew zieht in einem zweistündigen Interview mit den großen TV-Anstalten Russlands eine Bilanz seiner Regierung in diesem Jahr. Er erklärt außerdem, dass er 2018 nicht für das Amt des Präsidenten kandidieren werde. |
| 30.11.2017 | Der Moskauer Fernsehsender RT erhält für eine Berichterstattung aus dem US-Kongress keine Akkreditierungen mehr. Dmitrij Peskow, Pressesprecher des russischen Präsidenten, bezeichnet diesen Schritt als »Verletzung der Presse- und Meinungsfreiheit«. |
| 30.11.2017 | Die Zeitung »Nowaja Gazeta« berichtet, dass in der international nicht anerkannten »Volksrepublik Luhansk« an mehreren Verwaltungsgebäuden russische Fahnen gehisst worden seien. |
| 01.12.2017 | Das »Internationale Olympische Komitee« schließt wegen Verstößen gegen die Anti-Doping-Regeln drei weitere russische Wintersportler lebenslang von den Olympischen Spielen aus und annulliert ihre Ergebnisse bei den Winterspielen 2014 in Sotschi. Unter ihnen ist auch die ehemalige Biathletin Olga Sajzewa. |
| 01.12.2017 | Im Moskauer Kreml findet die Auslosung der Gruppenphase bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2018 in Russland statt. Zum Auftakt der WM wird Russland am 14. Juni 2018 auf Saudi-Arabien treffen. |

| | |
|------------|---|
| 01.12.2017 | Wegen der Organisation einer nicht genehmigten Kundgebung am 29. September in Nischnij Nowgorod wird Leonid Wolkow, der Stabsleiter des Oppositionellen Alexej Nawalny, zu 30 Tagen Arrest verurteilt. |
| 03.12.2017 | Der ehemalige Direktor des Anti-Doping-Labors der WADA in Moskau Grigorij Rodtschenkow erklärt gegenüber der »New York Times«, dass er vom damaligen stellvertretenden Sportminister Russlands, Juri Nagornych, den Auftrag erhalten habe, eine saubere Dopingprobe der ukrainischen Biathletin Wita Semerenko zu verunreinigen. Am Rande der Auslosung zur Fußball-WM am 1. Dezember hatte der Vizepremier und frühere Sportminister Witalij Mutko alle Dopingvorwürfe zurückgewiesen. »Es hat in Russland ein staatlich gelenktes Dopingsystem nie gegeben und wird es niemals geben«, sagte der Chef des WM-Organisationskomitees. |

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Gwendolyn Sasse (verantwortlich) und Martin Brand

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen zur post-sowjetischen Region werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Polen-Analysen werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut, der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>